

Entschließungsantrag
der Gruppe der PDS/LINKE LISTE

zum Entwurf eines Gesetzes zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz – RÜG)
— Drucksachen 12/405, 12/630, 12/786 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hält eine Vervollkommnung des Rentenrechts (Sozialgesetzbuch VI) für erforderlich und beauftragt die Bundesregierung, eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und Bewegungen, aus Gewerkschaften und interessierten Verbänden zu bilden, die diese Aufgabe in den nächsten zwei Jahren erfüllt. Ziel ist ein neues Rentengesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

Bonn, den 6. Juni 1991

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

In den letzten über 40 Jahren hatten sich in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland zwei Rentensysteme entwickelt, die völlig verschiedenen Typs und jeweils vielgestaltiger Gliederung waren. Das Rentenüberleitungsgesetz wäre überfordert, historisch gewachsene Vorzüge beider Systeme im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland zu vereinen. Das vorübergehende Weitergelten wesentlicher Elemente des DDR-Rechts im Rahmen des Vertrauensschutzes soll Anlaß sein, eine sachliche Diskussion darüber zu entfachen.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen – insbesondere im Selbstverständnis der Frauen hinsichtlich eines eigenständigen Lebens, die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die zunehmend „lückenlose“ Erwerbsbiographien verhindert, und die gemeinsame Verantwortung für den Schutz behinderten Lebens – erfordern im Renten-

recht eine Verbindung von Leistungsabhängigkeit und sozialer Sicherung. Wenn diese Prämissen in eine Novellierung des Rentenrechts münden, kann davon gesprochen werden, daß mit der Rente eine wesentliche Grundlage für ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben gelegt wird.